

Medienmitteilung des Unterstützungskomitees

Verschiebung Abstimmung Luzerner Volksinitiative «Für zahlbares und attraktives Wohnen»

Wohnpolitische Trendwende in Sicht

Die vom Mieterinnen- und Mieterverband Luzern (MV) eingereichte Luzerner Volksinitiative hat eine wohnpolitische Debatte ausgelöst. Aufgrund der veränderten Wirtschaftslage ist eine aktive Wohnbauförderung wieder auf die Traktandenliste der Politik zurückgekehrt. Der Regierungsrat verschiebt den Abstimmungstermin auf Gesuch des Initiativkomitees um ein halbes Jahr.

Seit Herbst 2008 hat sich die Wirtschaftslage derart schnell verändert, dass die öffentliche Hand bereit und verpflichtet ist, in Stützmassnahmen oder Konjunkturprogramme zu investieren, die auch Teile der Anliegen der ursprünglichen MV-Initiative in Bewegung setzen. Diese Entwicklung hat den MV, als Initiativkomitee, bewogen, bei der Regierung eine Verschiebung der Abstimmung zu beantragen, um die Ergebnisse der momentan laufenden Diskussionen abzuwarten.

- Der MV erwartet, dass Kantonsrat und Regierung substanziell neue Mittel für den gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Die so vergünstigten Wohnungen sind notwendig und haben einen positiven Einfluss auf den gesamten Wohnungsmarkt.
- Gemeinnützige Wohnbauträger sollen bevorzugt Förderbeiträge erhalten, wenn der Kantonsrat im Konjunkturpaket Mittel für den Wohnbereich spricht.
- Der Einsatz öffentlicher Gelder für Energiemassnahmen im Wohnbereich unterstützt das lokale Gewerbe und preisgünstige Altwohnungen können erhalten werden.
- Die Wohnbaukommission soll gestärkt werden und als Vordenker- und Frühwarnngremium in der Wohnpolitik agieren können.

Jahr für Jahr kämpfen die Gewerkschaften für existenzsichernde Mindestlöhne und für einen gerechten Anteil der Produktivitätssteigerungen für die Arbeitnehmenden. Leider werden diese hart errungenen Lohnerhöhungen aber zu oft von steigenden Mieten gleich wieder weggefressen - am Schluss bleibt weniger im Portemonnaie als vor der Lohnerhöhung.

Die gemeinnützigen Bauträger sind ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Durch den kontinuierlichen Unterhalt und die qualitative Erneuerung ihrer Liegenschaften generieren sie Aufträge in Millionenhöhe für das meist örtliche Gewerbe. Damit schaffen und erhalten sie auch Arbeitsplätze.

Auch die öffentliche Hand profitiert, durch Studien nachgewiesen, von den durchschnittlich 20% tieferen Mietzinsen, durch die sie jährlich Millionenbeträge an direkten Sozialleistungen einsparen kann. Dazu kommt, dass in Siedlungen des gemeinnützigen Wohnungsbaus grosse Leistungen bei der sozialen und kulturellen Integration erbracht werden.

Die jahrelange Untätigkeit des Kanton Luzern trotz zunehmender Verknappung von Wohnraum war für den MV Auslöser für die Volksinitiative «Für zahlbares und attraktives Wohnen». Die Mehrheit des Kantonsrats hat die Initiative im letzten November zwar abgelehnt., sie hat trotzdem schon einiges erreicht. So wurde die regierungsrätliche Wohnbaukommission reaktiviert. Die darin vertretenen Verbände der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften konnten ihre Anliegen in Diskussion bringen und über neue Unterstützungen verhandeln. Die durch die Initiative ausgelösten politischen Diskussionen haben das gesellschaftliche Bewusstsein geschärft, dass der Staat durchaus eine Verantwortung dafür hat, sich den

sozialen und soziokulturellen Fragen im Wohnen zu stellen. Verschiedene Vorstösse im Kantonsrat erfolgten aufgrund der Diskussion um die Initiative. Sie fordern neue Mittel für den gemeinnützigen Wohnungsbau und eine kontinuierliche Präsenz des Wohnens in der politischen Diskussion. Eine Trendwende in der Wohnpolitik ist möglich.

Zusammen mit den Organisationen, welche sich als Unterstützungskomitee für die Initiative formiert haben, will der MV die Diskussionen, Entscheide und Entwicklungen beurteilen. Sollte sich eine Trendwende in der Wohnpolitik bestätigen, ist der MV bereit, den Rückzug der Initiative zu erwägen. Auf jeden Fall wird der MV weiterhin politisch Einfluss nehmen zugunsten von Massnahmen für zahlbares und attraktives Wohnen.

Für das Unterstützungskomitee:

Mark Schmid, Präsident MV Luzern

Komitee zur Unterstützung der Initiative:

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern MV

Schweiz. Verband für Wohnungswesen Sektion Innerschweiz SVW

Allg. Baugenossenschaft Luzern ABL

Eisenbahner Baugenossenschaft Luzern EBG

Hausverein Zentralschweiz

Sozialdemokratische Partei Kanton Luzern

Grüne Luzern

Christlichsoziale Partei Kanton Luzern

Luzerner Gewerkschaftsbund

Gewerkschaft Syna

AvenirSocial